

## Rede

---

Festvortrag beim Braunkohlentag am 21. Mai 2015 in Köln

Ulrich Grillo  
Präsident, Bundesverband der Deutschen Industrie

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Als ich die Einladung für den heutigen Abend erhielt, war noch nicht klar, dass wir mit dem heutigen Datum mitten in die „heißeste“ Energiedebatte seit langer Zeit fallen. Das „timing“ hätte nicht besser gewählt sein können, lieber Herr Hartung. Auch wenn Sie heute wohl lieber positivere Initiativen der Politik für Ihre Branche als den „nationalen Klimaschutzbeitrag“ diskutiert hätten.

Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland etwas Außergewöhnliches geschafft. Bei der Bewertung eines der wesentlichen Zukunftsprojekte unseres Landes – der Energiewende – sind sich die meisten Akteure und Interessensgruppen einig: Wir wollen die Energiewende und unterstützen die langfristigen Ziele! Das hat auch Ihre Branche immer wieder deutlich gemacht.

Wir im BDI sehen diese strategische Ausrichtung der Energiepolitik als zentrale Chance für eine nachhaltigere und innovativere Energiezukunft, die auch positive Effekte für das Industrieland Deutschland bringen kann. Aber: der Weg ist ein langer. Die Energiewende ist als ganzheitliche, langfristige Politikstrategie bis 2050 angelegt. Und wir merken schon heute sehr deutlich, dass neue Herausforderungen – beispielsweise die zahlreichen Krisenherde an der Peripherie unseres Kontinents oder das Auseinanderdriften in der EU – auf uns warten.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*

Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*  
11053 Berlin

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1463  
F: 030 2028-2463

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

Wichtig ist umso mehr, dass wir weiter ganzheitlich denken. Für eine Energiewende, die für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig, bezahlbar und sicher ist.

Als BDI haben wir im Jahr 2012 gesagt „Energiewende – ja, aber richtig“. Dieser Halbsatz war damals richtig und er ist es heute nicht weniger. Richtig ist aber auch: Wir bleiben ein kritischer Begleiter der Vorhaben und Maßnahmen der Bundesregierung und werden nicht müde, Fehlentwicklungen anzusprechen.

Um die Akzeptanz der Energiewende steht es nicht gut. Dazu ein paar Zahlen: Fragt man die Menschen in Deutschland, ob sie mehr für die Energiewende bezahlen würden, sind die Zahlen ernüchternd. Nur rund 20 % der Befragten würden höhere Strompreise – in der Größenordnung + 20 bis 30 % in Kauf nehmen. Andere Auswirkungen der Energiewende, wie beispielsweise der Stromleitungsausbau, erfreuen sich ebenso nicht gerade großer Beliebtheit. Ganz zu schweigen von politischen Ideen, wie einem hypothetischen Kohle-Ausstieg. Dafür gibt es in Deutschland keine Mehrheit: Knapp 60 Prozent der Deutschen akzeptieren Kohlekraftwerke als Brückentechnologie zur Gewährleistung einer preis- und versorgungssicheren Energieversorgung. Mehr als 40 Prozent sind der Ansicht, dass Kohlekraftwerke auch auf längere Sicht für die Stromversorgung in Deutschland unverzichtbar sind. So eine von EMNID durchgeführte Umfrage Ende 2014.

Wenn man die Zahlungsbereitschaft der Menschen überschätzt oder wenn man Bedenken der Unternehmen zur Versorgungssicherheit vorschnell zur Seite wischt, läuft man Gefahr, dass die Akzeptanz für die politischen Maßnahmen abnimmt. Dann wird die Energiewende zu einem Projekt, welches bei Bürgern und Unternehmen keinen Rückhalt hat.

Eine solche Entwicklung gilt es dringend zu vermeiden. Das gelingt, in dem die Politik, aber auch wir den Dialog suchen und erklären.

Die zusätzliche Schwierigkeit ist dabei, dass es nicht reicht, wenn die Deutschen von der Energiewende überzeugt sind. Schließlich ist Klimawandel kein allein deutsches, sondern ein globales Problem.

Die Energiewende macht nur Sinn, wenn sie international, global umgesetzt wird. Wenn man nur durch die deutsche Brille schaut, dann läuft man Gefahr, dass die Energiewende zum Ladenhüter wird. Mehr noch, dann läuft man Gefahr sich volkswirtschaftlich so dermaßen zu verheben, dass auch späteren Generationen nicht nur der Rücken schmerzen wird. Schließlich reden wir bei der Energiewende über Investitionen von rund einer Billionen Euro bis 2050, um die Aussage des damaligen Umweltministers Altmaier zu zitieren.

Ein Blick auf die deutsche Industrie zeigt, dass gerade wir ein guter Partner für die Ausgestaltung der Energiewende sind. Jeder zweite Euro in unseren Taschen wird jenseits unserer Grenzen verdient. Wir sind mit unseren Produkten in der Welt zu Hause. Unsere Unternehmen und Verbände haben daher ein feines Gespür für internationale Trends entwickelt und merken sofort, wenn sich Rahmenbedingungen verändern. Sie sind ständig im Gespräch mit internationalen Geschäftspartnern, Politikern und Wissenschaftlern.

Wenn im Ausland über die Energiewende gesprochen wird, wird Deutschland gern gelobt. Stellvertretend für internationale Entwicklungen und als „Blaupause“ für die Welt sind wir in den Augen vieler ausländischer Beobachter jedoch nicht. Um eine Umfrage des Weltenergieinstitutes vom Januar 2015 zu zitieren: Nur ein Drittel der international befragten Energieexperten sehe eine solche Rolle für die deutsche Energiepolitik. Die Hälfte der Befragten kann sich immerhin vorstellen, Teile des Konzepts – z. B. den Ausbau von Erneuerbaren oder die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – zu übernehmen. Die andere Hälfte aber lehnt das gesamte Konzept der Energiewende ab. So wie die Energiewende derzeit läuft, würde sie höchstens von Singapur oder noch wohlhabenderen Staaten kopiert werden.

Manche Experten, wie der Däne Björn Lomborg, gehen sogar so weit, Deutschland als „gutes Beispiel für eine gescheiterte Klimapolitik“ zu nennen. So sei der geringe CO<sub>2</sub>-Effekt mit rund „43 Mrd. Euro pro Jahr“ extrem teuer erkaufte.

Beim Blick auf die globale Energiepolitik stellt man fest, dass uns ein niedriger Ölpreis bei Zielsetzung und Management der Energiewende zu erhöhter Wachsamkeit zwingt. Der gefallene und volatile Ölpreis ist für die deutsche Industrie ein Konjunkturmotor und wird auch in diesem Jahr für positive Impulse sorgen: Private Verbraucher konsumieren mehr, Unternehmen (bes. Verkehrssektor und Chemie) haben geringere Vorleistungskosten und können in einem wettbewerblichen Markt Preise senken.

Wir müssen aber besonders bei weltweit geringeren Ölpreisen aufpassen, jetzt nicht mit unserer nationalen Förderpolitik bei den erneuerbaren Energien den Bogen zu überspannen. Die Energiewende ist am Ende des Tages schließlich eine Energiewette auf steigende Brennstoffpreise, da sie uns weniger ölintensiv werden lässt. Auch sehen wir, dass weiter fossile Energieträger den globalen Energiemix bestimmen. Deren Anteil ist mit knapp 80 % laut IEA heute noch in etwa so hoch wie vor 25 Jahren. Bis 2035 wird sich der Anteil auf gerade einmal 75 % reduzieren.

Kohle ist weltweit nach wie vor der mit Abstand meist genutzte Energieträger zur Stromerzeugung. Große Teile der Welt setzen auch für die Zukunft auf Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken. Der jeweilige Energiemix hängt von vielen Faktoren ab, wie z. B. den

- Rohstoffvorkommen des Landes,
- dem Industrialisierungsgrad,
- den klimatischen Bedingungen und
- der Akzeptanz vor Ort.

Wenn wir in Deutschland Klimaschutz ernst meinen, müssen wir uns auf die konkreten Situationen vor Ort einlassen. Die klimapolitische Musik spielt in den sich rapide entwickelnden Schwellenländern. In China werden pro Jahr so viele Kohlekraftwerke gebaut, wie wir in Deutschland insgesamt haben. Das sind die Dimensionen über die wir reden müssen, wenn man den Klimawandel ernst nimmt. Deutschland kann dabei vor allem ein Labor für eine bessere Energiewelt sein.

Ein Labor vor allem für technische Innovationen und Pioniergeist. Der Erfolg der Energiewende lässt sich nicht allein nach steifer Planerfüllung der Ausbautzahlen bewerten. Das Gesamtsystem muss transformiert werden. Oberste Priorität muss dabei die verstärkte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen für erneuerbare Energien und Effizienztechnologien sowie schließlich auch CCS (Carbon Capture & Storage) haben.

Dabei ist es wichtig, dass Deutschland sich international einbringt und für diesen Weg wirbt. Das macht sowohl diese Regierung als auch die Vorgänger-Administrationen sehr gut. Ein internationaler Klimarahmen mit bindenden Vorgaben für Schwellenländer, das ist der einzige richtige Weg. Vor diesem Hintergrund wirkt unsere nationale Energiewende im internationalen Vergleich recht ambitioniert. Wir müssen diese globalen Entwicklungen im Hinterkopf haben, wenn wir über Maßnahmen in Deutschland beraten. Ambitioniert ist vor allem auch das Ziel des Erreichens eines gesellschaftlichen Konsenses über die Energieversorgung.

Energiepolitik war jahrelang hoch emotionale Streitpolitik in Deutschland, besonders wenn es um die Frage der Atomkraft ging. Da ging sogar ein Riss durch manche Familie. Man denke nur an Orte wie Wackersdorf oder Gorleben und an die dramatischen Auseinandersetzungen. Wir laufen heute Gefahr, dass die Energiewende – wie ich zuvor schon angedeutet habe – von bestimmten Gruppen für Ziele gekapert wird, die in Deutschland nicht konsensfähig sind. Damit wird unnötigerweise der mühsam geschlossene gesamtgesellschaftliche Konsens in Gefahr gebracht. Gräben werden grundlos aufgeworfen und neue Konflikte geschürt.

Ich rede über den Klimaschutzbeitrag der Bundesregierung als bisher letztes Produkt einer ausgefeilten Anti-Kohle Kampagne, die philanthropisch maskiert das Ende der Kohlewirtschaft – zumindest in Deutschland – zum Ziel hat. Vor kurzem war noch das Verhindern von Exporten deutscher Kohlekraftwerkstechnologie im Fokus. Dabei gehören gerade hocheffiziente Kohlekraftwerke aus Deutschland zur Weltspitze.

Solche Kraftwerke sind bis zu einem Drittel effizienter und damit auch klimafreundlicher als die Altanlagen, die sie ersetzen. Es wäre schlicht fahrlässig, diesen Markt politisch aufzugeben und anderen Wettbewerbern zu überlassen. Nur mit einer technologieoffenen Förderung sind wir ein ernstzunehmender Partner dieser Länder. Wenn wir nichts anzubieten haben, wird man sich auch nicht mit uns unterhalten. Deutschland würde so immer mehr zum isolierten Außenseiter in globalen Diskursen.

Der Blick auf die Branche zeigt dabei sehr deutlich: Die meisten Technologieanbieter im Bereich der Kraftwerksproduktion machen zurzeit schwierige Zeiten durch. Wenn wir wollen, dass die Energiewende in Zukunft zu Umsatzchancen für unsere Leitanbieter führt, dann müssen wir sicherstellen, dass es diese Unternehmen – so viele sind es nicht – in 10 Jahren überhaupt noch gibt. Zusätzliches politisches Risiko und das Erschweren des Auslandsgeschäfts wäre für diese nur schwer zu verkraften.

Ich erwarte bei der Kohle-Debatte nicht, dass sich die Zustände wiederholen, wie wir sie bei der Atom-Debatte hatten. Die 15.000 Unterstützer der Kohle in Berlin und die rund 6.000 Gegner in Immerath am 25. April 2015 zeigen aber sehr deutlich, dass die Auseinandersetzungen härter werden. Lassen Sie mich dabei ganz deutlich werden: Natürlich gehört die Zukunft den erneuerbaren Energien. Die Innovationssprünge in diesem Bereich sind faszinierend. Auch ist der Platz für die Kohlenstoffaufnahme in der Atmosphäre begrenzt, wenn man den Klimawandel als Bedrohung für die Menschheit ernst nimmt - was wir tun.

Wir müssen daher Maßnahmen und Instrumente finden, die international wirksam CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren. Gerade deshalb bleiben einige Elemente dieser national isolierten Pläne unserer Regierung – oder zumindest von Teilen der Regierung – aber sehr fragwürdig. Der Beitrag für das Klima steht in keinem Verhältnis zu den negativen Auswirkungen. Ja, es kann sogar bezweifelt werden, dass es überhaupt einen positiven Beitrag für das Klima gibt. Nämlich dann, wenn die Anlagen in Deutschland, die ja schon dem EU-Emissionshandel unterworfen sind, nicht weiter produzieren und deshalb weniger CO<sub>2</sub>-Zertifikate nachfragen.

Dann kommen diese von uns nicht genutzten Emissionsberechtigungen schlicht unseren Wettbewerbern zugute.

Die Bundesregierung bleibt deshalb aufgefordert, CO<sub>2</sub>-Emissionen dort einzusparen, wo die Kosten am geringsten und der Effekt am größten ist. Der Gebäudesektor wäre beispielsweise ein lohnenswertes Ziel. 40 % unseres Energieverbrauchs fällt dort an. Auf sinnvolle Maßnahmen in diesem Bereich und steuerliche Förderung konnte man sich wegen politischer Kleinstaaterei bisher jedoch nie einigen.

Das kann aber den symbolträchtigen Eingriff in den Stromsektor nicht rechtfertigen – auch nicht vor dem Klimagipfel in Paris. Denn noch einmal: Für den Stromsektor und andere Industrieanlagen wurde der europäische Emissionshandel geschaffen.

Und die jüngst in Brüssel erzielte Einigung zur Marktstabilitätsreserve (MSR) unterstreicht die Fragwürdigkeit eines zusätzlichen deutschen Klimabeitrags. Die vollständige Einstellung sehr großer Mengen an Zertifikaten (Backloading, alle ungenutzten Zertifikate) in die MSR in Verbindung mit ihrem vorgezogenen Wirksamwerden am 1. Januar 2019 werden zur raschen Verringerung des derzeitigen Überangebots an Emissionsberechtigungen im EU Emissionshandelssystem führen.

Wie die Bundesregierung betont, werden damit die zentrale Rolle des Emissionshandels als harmonisiertes europäisches Klimaschutzinstrument erhalten und wirksame Anreize zur Emissionsminderung gesetzt. Auch langfristig wird der Emissionshandel so einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des nationalen und des EU-Ziels für 2030 leisten.

Der BDI stellt deshalb die Existenz einer Klimaschutzlücke, die einen zusätzlichen Beitrag von 22 Millionen Tonnen im Stromsektor bis 2020 erfordern würde, ganz entschieden infrage. Ich muss mich teilweise sehr über die Debatte in Deutschland wundern. Das Bundesumweltamt schätzt, dass im Braunkohlesektor maximal 4.700 Jobs bedroht sind.

Das HWWI spricht hingegen von 40.000 Stellen. Nach Lesart der Verfasser scheinbar ein angemessener Preis für den Verzicht auf die Kohlekraftwerke.

Wenige Jahre, nachdem Deutschland als kranker Mann Europas verschrien war, inmitten einer europäischen wirtschaftlichen Krise, soll leichtfertig mit Wertschöpfung, regionalen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätzen gespielt werden? Nicht mit uns! Wir müssen den klimapolitischen Absurditäten und dem industriepolitischen Unfug also mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Maßnahmen, die für das Klima nichts bringen, dabei Wertschöpfung und Arbeitsplätze unnötig riskieren und Industriestrompreise nach oben drücken, müssen unbedingt vermieden werden.

Wir brauchen eine kohärente Energie- und Klimapolitik der Vernunft, die effizienten Klimaschutz in Einklang mit unseren europäischen Partnern voranbringt und keine gefährliche Symbolpolitik. Das ist auch der Grund, warum die Kritik an dieser nationalen Doppelregulierung von einer so breiten Koalition vorgetragen wird. Hier ziehen Gewerkschaft, Industrie, Ministerpräsidenten und Bundestagsfraktionen an einem Strang.

Schließlich erleben wir heute, dass unerwünschte Wechselwirkungen und die Überlappung bestehender EU-Ziele die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Unternehmen schwächen.

Wir geraten global in Schieflage!

Zwei Beispiele:

- 1) der Einfluss von gesteigerter Energieeffizienz auf die Höhe von CO<sub>2</sub>-Preisen und damit auf das europäische Emissionshandelssystem.
- 2) der Ausbau der erneuerbaren Energien und ihr Einfluss auf den CO<sub>2</sub>-Preis und den Energy-Only-Markt.

Hier interagieren ungesteuert mehrere parallel existierende Systeme miteinander, ohne einen zusätzlichen Klimaschutzeffekt zu erzielen.

Bei unseren Unternehmen summieren sich all die verschiedenen Vorgaben zu zusätzlichen Belastungen.



Nur, wenn es gelingt, die Gesamtbelastung der Industrien zu reduzieren, ergibt sich eine realistische Chance, den Industrieanteil am BIP auf die politisch gewünschten 20 % zu steigern. (Aktuell liegen wir in der EU bei 15 %). Es geht nun darum, die bestehende und spürbar regulatorische Unsicherheit in der EU zu beseitigen und das Vertrauen der Investoren wieder zu steigern. Neben der regulatorischen Unsicherheit sind die Energiekosten Hauptursache für die Zurückhaltung bei Investitionen. Seit dem Jahr 2000 klafft eine Lücke von rund 20 Mrd. Euro an negativen Nettoanlageinvestitionen bei den energieintensiven Branchen.

Wir erleben, dass Abschreibungen nur zu 87 % durch Investitionen ersetzt werden. Hingegen bleibt der Kapitalstock der deutschen Industrie insgesamt in den letzten Jahren erfreulicherweise recht stabil. „Carbon and Job Leakage“ ist ein schleichender, kaum wahrnehmbarer Prozess und zeigt sich beispielsweise daran, dass insbesondere die energieintensiven Industrien ihre Anlagen auf Verschleiß fahren.

Zum Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas ist es notwendig, die Energiekostenschere im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen durch eine Rückführung der Steuer- und Abgabenlast auf Energie wieder zu schließen. Konkret braucht es eine ökonomisch überzeugende Reform des europäischen Emissionshandelssystems für die 4. Handelsperiode. Denn bereits jetzt ist klar: Das ETS wird verschärft werden, was bei unseren Unternehmen zu größeren Belastungen führen wird. Was bei uns in Europa gerade mit dem ETS passiert, beschäftigt auch viele weltweite Partner. Manche schauen interessiert, andere winken ab. Umso mehr muss es unser Anspruch bleiben, das ETS als globales Leitinstrument für erfolgreichen Klimaschutz zu installieren. Ein globaler Kohlenstoffmarkt ist letztlich Voraussetzung dafür, dass Investitionen in innovative Technologien, Anlagen und Produkte dort stattfinden, wo sie größtmöglichen Klimanutzen erzielen. Wir befürworten daher größere politische Anstrengungen, um einen solchen globalen Kohlenstoffmarkt zu etablieren.

Die erste UN-Klimakonferenz fand vor 20 Jahren (1995) in Berlin statt. Seit 20 Jahren unterstützt der BDI einen ambitionierten und effektiven Klimaschutz in Deutschland, der EU und weltweit.

Auch mit Blick auf den 21. Weltklimagipfel, der in diesem Jahr in Paris stattfindet, spricht sich die deutsche Industrie für ein umfassendes, rechtlich verbindliches und regelbasiertes Klimaabkommen aus. Es bleibt zum jetzigen Zeitpunkt aber noch offen oder eher fraglich, ob ein Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll in Form eines neuen Abkommens mit verbindlichen Klimazielen für alle 194 Mitgliedstaaten vereinbart werden kann. Sollte Paris scheitern, wird ein „level playing field“ für die Unternehmen auf absehbare Zeit in weite Ferne rücken.

Die europäische Industrie braucht international wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen um ihre Beiträge zum Klimaschutz erbringen zu können. Es gilt, die Verlagerung von Produktion, Arbeitsplätzen und Lösungskompetenz in Staaten mit geringen oder keinen Klimaschutzauflagen zu verhindern. Schließlich müssen Klimaschutz und Energiewende vor allem als innovative Industrieprojekte gedacht werden. Wir sind der Auffassung, dass die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für das Erreichen einer nachhaltigen Energiezukunft zu wenig adressiert wird. Da passt es gut, dass die IEA diese Woche ihren neuen Bericht zum Stand der Energietechnologien (ETP 2015) veröffentlicht hat.

Das Ergebnis: Global betrachtet geben wir heute weniger für Forschung- und Entwicklung im Bereich der Energietechnologien aus als in den 1980er Jahren. Nur durch gesteigerte Ausgaben kann das Erreichen eines 2-Grad-Ziels Realität werden. Es gibt genug sinnvolle Maßnahmen in der Energiepolitik, die wir prioritär adressieren sollten. Symbolpolitik im Strommarkt zählt nicht dazu.